



MdB Alexander Föhr

# Bericht aus Berlin

April 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

gemeinsam geht es auch: in dieser Woche haben alle im Bundestag vertretenen Fraktionen den nationalen Gedenktag für Veteranen am 15. Juni beschlossen. Parallel dazu soll auch die Unterstützung der Veteranen und ihrer Familien verbessert werden.

Weniger positiv ist das Bild, das deutsche Politiker gerade international abgeben. Unser Bundespräsident bringt einen Dönerspieß mit zum Staatsbesuch bei Erdogan, Außenministerin Baerbock belehrt Israel vor laufender Kamera und bei der AfD gibt es Skandale um ausländische Spione als Mitarbeiter und Geldzahlungen aus Moskau.

Im Plenum habe ich zum Thema Mobilität von Studierenden gesprochen und wir haben uns für die Stärkung der Batterieforschung eingesetzt. Mit unserem Antrag „Taten statt Worte – Für eine effektive Terrorabwehr in Deutschland“ fordern wir gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage und zur Stärkung unserer Sicherheitsbehörden. Unser Leit Antrag „Wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der Bundesregierung beenden – Für eine echte ‚Wirtschaftswende‘“ beinhaltet 12 Punkte, um Deutschlands Wirtschaft wieder neuen Schwung zu geben.

Viel Spaß bei der Lektüre

Ihr



## **Kurswechsel in der Sicherheitspolitik Kompetenzerweiterung statt -beschränkungen**

Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa ist angespannt. Krisen und Kriege wirken als Katalysatoren und bieten Nährboden für terroristische Gruppierungen, die auch unser Land als potenzielles Anschlagziel identifiziert haben.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser bezeichnet die Torgefahr für Deutschland als „akut“, kommt allerdings – wie der Rest der Bundesregierung – in puncto innere Sicherheit nicht ins Handeln. Im Gegenteil, Frau Faeser blockiert aktiv die Einrichtung einer verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform des Bundes zum effizienten Datenabgleich aller in Polizeidatenbanken vorhandenen Ermittlungsdaten. Die Bundesregierung erschwert die Arbeit unserer Ermittlungsbehörden mit dem Gesetzentwurf zum Einsatz verdeckter Ermittler, obwohl die bestehenden Regeln rechtskonform und zielführend sind.

Die Verhaftung der RAF-Terroristin Daniela Klette im Februar 2024 und die Erkenntnisse zum Einsatz der Gesichtserkennungssoftware „PimEyes“ durch Private hat wieder einmal gezeigt, wie sehr unsere Ermittlungsbehörden hinterherhinken. In einem digitalen Zeitalter brauchen Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden auch digitale Befugnisse. Die Bundesregierung hingegen liefert weder bei der Speicherung von IP-Adressen, die der EuGH bereits im Jahr 2022 ausdrücklich für zulässig erklärt hat, noch bei der automatisierten Gesichtserkennung, die explizit kein Bestandteil des Entwurfes eines neuen Bundespolizeigesetzes ist. Deutschland kann sich bei der Terrorabwehr nicht weiter zurücklehnen und auf die Erkenntnisse verbündeter Dienste hoffen. Wir müssen jetzt den passenden Rechtsrahmen schaffen, um Kriminalität und Terror wirksam zu bekämpfen.

Wir haben die Bundesregierung daher aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzesentwurf zur Speicherung von IP-Adressen vorzulegen, den Rechtsrahmen zur Nutzung von Gesichtserkennungssoftware zu schaffen sowie die Beschaffung und den Einsatz der "Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform (VeRA)" zu ermöglichen.



## **Der 15. Juni wird Veteranentag Dank und Anerkennung unseren Staatsbürgern in Uniform**

Deutschland bekommt einen Veteranentag. Das ist eine gute Nachricht, die längst überfällig ist. Es muss nicht lang drumherum geredet werden: In Jahrzehnten der Friedensdividende und des Glaubens, wir könnten in der Welt Frieden mit keinen oder zumindest immer weniger Waffen schaffen, wurde die Bundeswehr nicht nur finanziell häufig nicht bedacht, sondern es fehlte in einem ersten Schritt schlichtweg die Anerkennung gegenüber der Truppe, gegenüber unseren Staatsbürgern in Uniform. Der unrühmliche Höhepunkt, so selbstkritisch sollten wir sein, ist die Nicht-Begrüßung des letzten Kontingentes, welches nach dem längsten Auslandseinsatz der Bundeswehrgeschichte aus Afghanistan im Juni 2021 heimkehrte.

Die Veteranen der Bundeswehr verdienen Respekt, Anerkennung und Würdigung für ihren Dienst und ihre Bereitschaft, im Falle eines Falles das höchste Gut – ihr Leben – für die Sicherheit, Freiheit und die Werte unseres Landes einzusetzen. Zukünftig soll am 15. Juni dem Einsatz und der Opferbereitschaft unserer Frauen und Männer der Bundeswehr Respekt und Anerkennung gezollt werden.

Der Antrag zur Einführung eines Veteranentages, den wir gemeinsam mit den Ampel-Parteien auf den Weg gebracht haben, belässt es nicht bei Symbolpolitik. Er beinhaltet die Prüfung und Planung zur Verbesserung der Nachsorge, von Rehabilitationsmaßnahmen, Therapieangeboten und Betreuungskonzepten, Ansprechstellen für Geschädigte und deren Angehörige sowie Weiterverwendungs- und Entschädigungsmöglichkeiten. Zudem soll die Gründung einer stationären Therapieeinrichtung der Bundeswehr geprüft werden.

Liebe Leserinnen und Leser, die jüngsten Krisen und Kriege haben uns gezeigt: Wir müssen bereit sein unsere Freiheit in Europa selbst zu verteidigen. Die Zeitenwende, die die Bundesregierung auf materieller und haushalterischer Ebene verschläft, muss dringend auf immaterieller Ebene – in unseren Köpfen – vollzogen werden. Ich unterstütze daher die Einführung eines Veteranentages aus voller Überzeugung.

Foto: PixaBay / Boo\_ist\_online



## Förderung der Studierendenmobilität

### Wo stehen wir bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses

Der Bologna-Prozess hat das Ziel, Studiengänge und -abschlüsse europaweit zu vereinheitlichen und die internationale Mobilität der Studierenden zu erhöhen. Die Umsetzung hat sich in Deutschland positiv entwickelt. Die Zahl deutscher Studierender ist auf einem sehr hohen Niveau und die Zahl international vergleichbarer Bachelor- und Masterstudiengänge an deutschen Hochschulen nimmt weiter zu. Erreicht sind die im Bologna-Prozess festgelegten Zielquoten, auch das gehört zur Wahrheit, jedoch noch nicht. Hierfür muss die Mobilität weiter gesteigert werden.

Einen wichtigen Beitrag leisten europäische Hochschulallianzen. An der Universität Heidelberg konnte der Studierendenaustausch über die Allianzen innerhalb von wenigen Jahren verzehnfacht werden. Gefördert werden diese Allianzen von Seiten des Bundes durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst. Und die deutschen Vermittlerorganisationen spielen auch bei der Mobilität und der großen Zahl geförderter Gastwissenschaftler eine entscheidende Rolle. Gastwissenschaftler, die zur Stärkung internationaler Partnerschaften und zur gemeinsamen Lösung globaler Herausforderungen essenziell sind.

Dass die Ampelkoalition ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, die deutschen Vermittlerorganisationen deutlich zu stärken, gebrochen hat, läuft dem Ansinnen des Bologna-Prozesses zuwider und schwächt die Internationalisierung der deutschen Bildungs- und Wissenschaftslandschaft. Auch das war Inhalt meiner Rede, die Sie [hier](#) nachverfolgen können.



## **Kürzungen bei der Batterieforschung**

### **Entscheidung der Bundesregierung richtet großen Schaden an**

Batterietechnologie ist eine Schlüsselkomponente für zahlreiche Industriezweige in Deutschland – wie etwa Medizintechnik, Robotik und Automobilindustrie. Sie ist von fundamentaler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und mitentscheidend für eine erfolgreiche Abkehr von fossilen Energien.

Die deutsche Batterieforschung ist gerade dabei, international aufzuholen und kann bereits wichtige Erfolge vorweisen. Dass die Bundesregierung jetzt die Förderung massiv kürzt, ist nicht nur unverständlich, sondern gefährlich für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Es werden Milliarden für die Ansiedlung von Fabriken investiert, doch im Bereich Bildung und Forschung wird gekürzt. Investitionen in die Forschung von wichtigen Zukunftstechnologien scheinen für die Regierung vernachlässigbar. Auf die Schreiben der von Kürzungen Betroffenen haben die Regierungsfractionen nicht einmal geantwortet. Zu befürchten ist, dass Forscher und Fachkräfte im Bereich Batterietechnologie unser Land verlassen werden. Denn ihre Expertise wird weltweit händeringend gesucht.

Donnerstagabend haben wir einen [Antrag](#) unserer Fraktion zu dem Thema im Plenum des Bundestages debattiert. Es ist unser Versuch, aus der Opposition heraus weiteren Schaden zu verhindern und für Planungs- und Handlungssicherheit in der Batterieforschung zu sorgen.



## Stärkung der Wirtschaft

### Konkrete Maßnahmen zur Konjunkturwende

Während die Weltwirtschaft und andere Industrieländer wachsen, trüben sich die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland weiter ein. Da hilft es auch nicht, wenn Wirtschaftsminister Habeck die Prognose des Wirtschaftswachstums von 0,2 auf 0,3 Prozent erhöht, wie in der Bundespressekonferenz am Mittwoch diese Woche passiert. Die Wirtschaftsverbände sehen darin keinen Anlass für Optimismus und anders als das Wirtschaftsministerium keine Einleitung einer konjunkturellen Wende in Deutschland. Anstatt wirksame Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft auf den Weg zu bringen, streiten sich Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Habeck über ein sogenanntes „Dynamisierungspaket“. Dabei hat Lindners Partei, die FDP, eine Reihe von Vorschlägen öffentlich wirksam präsentiert. Maßnahmen, die auch die Union seit längerem fordert.

Mit unserem [Leitantrag](#) verleihen wir unseren Forderungen Nachdruck: Der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland muss endlich wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Dazu braucht es kein Showfeuerwerk von Ankündigungen, sondern zeitnah echte Entlastungen für die Wirtschaft sowie für die Bürgerinnen und Bürger. Ich bin gespannt, ob die FDP zu ihrem Wort und ihren Überzeugungen steht. Denn bisher sind die Regierungsparteien vor allem mit dem Ausbau der Bürokratie und dem Aufblähen des Sozialstaats aufgefallen und lassen Wirtschaft und die arbeitende Bevölkerung, also die, die erst dafür sorgen, dass der Staat über finanzielle Mittel verfügt, im Regen stehen.



MdB Alexander Föhr



## **Vision Zero für mehr Weitsicht** **THC-Grenzwerte nicht erhöhen**

Der Begriff „Vision Zero“ steht für eine Strategie zur Vermeidung von schweren und tödlichen Unfällen im Straßenverkehr. Ein herausforderndes Ziel, da der Mensch aufgrund seiner physischen und psychischen Grenzen Fehler macht. Spricht man von Fehlern ist der Weg zur Bundesregierung nicht weit, denn das, was die Ampel jetzt mit den Grenzwerten des Cannabiskonsums plant, geht in eine völlig falsche Richtung.

Die Ampel plant tatsächlich eine Anhebung des THC-Grenzwerts im Straßenverkehr um das 3,5-fache (!) und stößt damit auf breites Unverständnis. Die Einschränkung der Konzentration und Aufmerksamkeit sowie die Verlängerung der Reaktions- und Entscheidungszeit stellen eine erhebliche Gefährdung der Verkehrssicherheit dar. Mit ihrer Klientelpolitik stellt die Ampel die Interessen der Cannabiskonsumenden klar über den Schutz aller Verkehrsteilnehmer.

Im Sinne der „Vision Zero“ lehne ich wie die gesamte Unionsfraktion eine Anhebung des THC-Grenzwerts ab. Zusätzlich fordern wir in unserem diese Woche [eingebrachten Antrag](#), die Regelungen zur Eignungsprüfung bei cannabisbezogenen Verhaltens- und Verkehrsauffälligkeiten unverändert zu lassen und die medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU) nicht erst bei wiederholten Zuwiderhandlungen anzuordnen. Die vorgeschlagenen Lockerungen der Überwachungspraxis lehnen wir ab, da sie die Sicherheit im Straßenverkehr gefährden und das Ziel der „Vision Zero“ untergraben. Das Hauptargument der Ampel, eine liberalere Drogenpolitik würden den Konsumenten vor minderwertiger Ware schützen, zieht hier nicht. Die Bezugsquelle des Unfallfahrers ist den Geschädigten völlig egal.

Die Drogen-Legalisierung bleibt ein politisches Experiment. Erst recht, wenn man ein Gesetz erlässt, ohne sich überhaupt Gedanken über den anhängenden Regelungsbedarf gemacht zu haben. Und während andere Länder die Liberalisierung wieder zurückdrehen, wird hier die Klientelpolitik weiter durchgesetzt – den gesundheitlichen Auswirkungen, dem Einzug der Organisierten Kriminalität und dem Jugendschutz zum Trotz. Bild: CDU/Aykhan Guliyev



## Termine im Wahlkreis

Nach einer vollen Sitzungswoche geht es heute Nachmittag zurück in die Heimat. Nach dem Wiedersehen mit der Familie steht abends noch das Jubiläumskonzert des Gesangsvereins Sängereinheit 1864 e.V. in Leutershausen an. Am Samstag trifft sich die CDU-Baden-Württemberg zu ihrem 80. Landesparteitag in Ludwigsburg. Als Delegierter bin ich selbstverständlich mit von der Partie. Der Sonntag gehört der Familie.

Am kommenden Montag geht es erneut nach Berlin. Ich habe u.a. Besuch aus meinem Wahlkreis und die Freude, die Besucherinnen und Besucher ein wenig zu begleiten und meinen Arbeitsplatz sowie aktuelle politische Themen zu erklären und zu diskutieren.

Die sich anschließende Wahlkreiswoche steht im Zeichen des Mannheimer Maimarktes. Gleich an zwei Tagen werde ich dort unterwegs sein. Am Donnerstag besuche ich die Unternehmen aus meinem Wahlkreis und stehe später am Stand des Deutschen Bundestages noch für Fragen und Gespräche zur Verfügung (2. Mai ab 14 Uhr, kommen Sie gern vorbei). Ab 19 Uhr bin ich bei der CDU Dossenheim zu Gast. In der Museumsscheuer diskutieren wir zusammen über Aktuelles aus Berlin und unser neues Grundsatzprogramm. Interessierte sind herzlich eingeladen. Am Folgetag nehme ich an einer Podiumsdiskussion teil, die von mehreren Handwerkskammern organisiert wird. Am Abend haben wir in Heidelberg meinen Fraktionskollegen Tilman Kuban zu Gast, anschließend komme ich noch mit dem DAAD-Freundeskreis zum Thema „Wissenschaft in Krisenzeiten: Aktuelle Herausforderungen und Chancen internationaler Forschungskooperation“ ins Gespräch.

Am Wochenende geht es zu drei Festen und einer Konfirmation, bevor es am Sonntagnachmittag bereits wieder nach Berlin geht. Schließlich steht vom 6. bis 8. Mai unser Bundesparteitag in der Hauptstadt an. Dort werden wir unser neues Grundsatzprogramm beschließen, dessen Entwurf Sie [hier](#) nachlesen können.



MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

## KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: [alexander.foehr@bundestag.de](mailto:alexander.foehr@bundestag.de)

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: [alexander.foehr.wk@bundestag.de](mailto:alexander.foehr.wk@bundestag.de)

Telefon: 06221 608080